



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 22.05.2026 bis 29.05.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Armenien: Erneutes Gerichtsverfahren gegen Wehrdienstverweigerer	3
Bangladesch: Verkündigung des Evangeliums, Schulen und Entwicklung	4
D.R. Kongo: ADF tötet 17 Christen inmitten der Ebola-Krise	5
Demokratische Republik Kongo: ADF greift das Dorf Mungwere an	6
Deutschland: Christen dürfen nicht schweigen	7
Deutschland: Erneut Farbensschlag auf KALEB-Haus in Chemnitz	8
Großbritannien: Zensurzonengesetz - Schottische Christin freigesprochen	9
Indien: Manipur von sozialen Spannungen geprägt	10
Iran: Konvertitin verurteilt zu fast 10 Jahren Haft	11
Myanmar: "Radio Veritas Asia" erweitert Sprachangebot in von Vertreibung und Unsicherheit geprägten Staaten	12
Nigeria: Christliche Fulani lehnen Gewalt und Vorurteile ab	13
Nigeria: Der Terror geht weiter	14
Nigeria: Neun Menschen wurden getötet und fünfundzwanzig entführt	16
Pakistan: Gewalt gegen Christen – Behörden untätig	17
Uganda: Wegen ihres Glaubens an Jesus inhaftiert	19

# Armenien: Erneutes Gerichtsverfahren gegen Wehrdienstverweigerer

## Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen immer wieder verzögert

Ivan Michailow, ein Mitglied der christlichen Gemeinschaft der Molokanen, die sich im 18. Jahrhundert von der orthodoxen Kirche getrennt hat, nur die Bibel als Quelle der Lehre anerkennt und Kriegsdienst strikt ablehnt, steht erneut wegen Wehrdienstverweigerung vor Gericht. Ihm wurde 2018 die Ableistung eines zivilen Wehersatzdienstes verweigert. Daraufhin wurde er zu zwei Jahren Haft verurteilt. Er legte Berufung ein und das Urteil wurde vom Berufungsgericht aufgehoben. 2025 erhob die Militärstaatsanwaltschaft erneut Anklage gegen Michailow. Das zuständige Gericht erster Instanz der Provinz Tawusch hat die Verhandlung seither aus verschiedenen Gründen immer wieder vertagt.

Der Baptist Davit Nazaretyan verbüßt derzeit eine zweijährige Haftstrafe, nachdem die Wehersatzdienstkommission seinen Antrag im Januar 2023 abgelehnt hat. Seine Haftzeit läuft im August dieses Jahres ab. „Wir wissen nicht, ob Davit nach Ablauf seiner Haftzeit erneut einberufen wird“, erklärte Pastor Mikhail Schubin gegenüber Form 18. „Wir haben gefragt, aber keine Antwort erhalten.“

Eine lokale NGO hat den Fall Nazaretyan vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg gebracht. Ein unmittelbarer Vorteil für den Baptisten wird sich durch die Länge der Verfahren vor dem EUGH nicht ergeben. Eine Verurteilung Armeniens wäre jedoch ein wichtiger Präzedenzfall.

Die Wehersatzdienstkommission weigert sich, Gewissensverweigerern, die keine Zeugen Jehovas sind, wie Molokanen und Baptisten, die Ableistung eines zivilen Wehersatzdienstes zu bewilligen.

Gefängnisstrafen für Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen und die Nichtrespektierung ihres Rechts auf einen zivilen Wehersatzdienst stellt eine Verletzung der rechtlich bindenden internationalen Menschenrechtsverpflichtungen Armeniens dar. Der verpflichtende Militärdienst dauert in Armenien 18 Monate, der alternative Militärdienst ohne Waffe 30 Monate und der zivile Wehersatzdienst 36 Monate. Diese wurden nicht verkürzt, obwohl Armenien aufgrund internationaler Menschenrechtsverpflichtungen gewährleisten müsste, dass die Länge des Ersatzdienstes keine indirekte Bestrafung darstellt.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 22. Mai 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

# Bangladesch: Verkündigung des Evangeliums, Schulen und Entwicklung

## Neue Diözese im Nordosten von Bangladesch steht an der Seite indigener Völker

Joypurhat (Fides) – Die katholische Gemeinde von Joypurhat sei „jung, arm, aber dynamisch und eng mit den indigenen Gemeinschaften verbunden“. Sie sei „ein Zeichen für das Wachstum der Kirche und deren Hinwendung zu den ethnischen und ländlichen Randgebieten“, sagte der erste Bischof von Joypurhat, Paul Gomes, in einer Ansprache an die Gläubigen. Die erst kürzlich erfolgte Errichtung des Bistums Joypurhat durch den Heiligen Stuhl im vergangenen März spiegelt das anhaltende Wachstum der katholischen Kirche in Gebieten mit indigenen und Stammesgemeinschaften wider und zielt darauf ab, das Engagement für Evangelisierung, Bildung und Sozialarbeit im Nordwesten Bangladeschs zu stärken. Wie Bischof Paul Gomes anmerkt, gibt es in der Ortskirche mit etwa 24.000 Katholiken bei einer Gesamtbevölkerung von 7,7 Millionen „Dörfer mit Katechumenen, die ein wachsendes Interesse am Christentum zeigen“. In diesem Kontext, so erklärt er, bringe sich die katholische Kirche in der Gesellschaft „durch Bildungs-, Gesundheits- und ganzheitliche Entwicklungsprogramme“ ein und verfolge dabei einen Ansatz, „der stets auf Inkulturation bedacht ist: Unsere Liturgien integrieren kulturelle Elemente der Adivasi-Stämme (Sprache, Musik, traditionelle Symbole), wodurch das Evangelium näher an ihr Leben herangeführt wird.“

Die Seelsorge in der Diözese, so der Bischof, sei stark sozial ausgerichtet: „Die Kirche ist oft die einzige Institution, die diese marginalisierten Gemeinschaften beständig unterstützt und ihnen in Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Landrechte und der Förderung der Menschenwürde beisteht.“ Die Diözesangemeinde besteht mehrheitlich aus indigenen Gläubigen, insbesondere Santal, Oraon, Mahali, Munda und Paharia.

Diese Gemeinschaften, so der Bischof, gehörten zu den ärmsten und am stärksten diskriminierten in Bangladesch: „Sie leben von Subsistenzlandwirtschaft, arbeiten als Landarbeiter oder Kleinbauern und sind mit hoher Armut, Analphabetismus und der Anfälligkeit für Naturkatastrophen konfrontiert. Diese Situation führt zur Migration in die Städte oder ins Ausland auf der Suche nach Arbeit.“

Indigene Bangladescher erleben zudem häufig ethnische und religiöse Spannungen mit der bengalischen muslimischen Bevölkerung. In diesem Kontext engagiert sich die katholische Kirche durch die Verkündigung des Evangeliums für die Entwicklung dieser Bevölkerungsgruppen durch Schulen, Gesundheitszentren sowie Mikrokredit- und Berufsbildungsprogramme.

(PA) (Fides 22/5/2026)

# D.R. Kongo: ADF tötet 17 Christen inmitten der Ebola-Krise

ICC-Nachrichten & Berichte - Mindestens 17 Christen wurden bei einem Angriff der Allied Democratic Forces (ADF) am 19. Mai im Gebiet Mambasa in der Provinz Ituri in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) getötet.

Der Angriff begann im Dorf Alima, bevor die Angreifer in benachbarte Ortschaften weiterzogen, darunter Manyama, wo mehrere Häuser in Brand gesteckt wurden.

Laut Peresi Mamboro, einem der lokalen zivilgesellschaftlichen Führer von Babila Babombi, handelt es sich bei der Zahl der Todesopfer nur um eine Schätzung, da viele Menschen noch vermisst werden. Die anhaltende Unsicherheit und der eingeschränkte Zugang zu den betroffenen Dörfern erschweren es, das Ausmaß der Schäden zu bestätigen.

„Die Zahl der Todesopfer liegt nun bei 17“, sagte Peresi. „Die Angreifer zogen durch Alima und steckten dann mehrere Orte in Brand, darunter Manyama und die Umgebung. Diese Zahl ist noch vorläufig, da sich der Feind weiterhin ungehindert in der Region bewegt.“

Da sich die Angst in mehreren Teilen des Mambasa-Gebiets ausbreitet, fordern die Vertreter der Zivilgesellschaft die Bewohner auf, wachsam zu bleiben.

„Wir rufen die Bevölkerung dazu auf, wachsam zu bleiben und jede verdächtige Aktivität zu melden“, fügte Peresi hinzu.

ADF-Kämpfer waren in der Region sehr aktiv. Zeugen berichteten, dass sie die Nationalstraße 44 entlang der Strecke Biakato-Mambasa in der Nähe von Alima überquerten, bevor sie sich aufteilten und in verschiedene Richtungen verstreuten.

„Nach dem Angriff teilten sich die Angreifer in zwei Gruppen auf“, sagte Zephani Kataliko, ein Menschenrechtsaktivist im Stammesgebiet Babila Babombi. „Die eine Gruppe zog nach Osten, vorbei an Alima, während die andere über die Alima-Stadion-Allee nach Westen in Richtung Babila Babombi zog.“

Der jüngste Angriff hat die Angst in einer Region weiter verschärft, die bereits seit Wochen von erneuten Gewaltausbrüchen erschüttert wird, die der ADF zugeschrieben werden. Gleichzeitig bedeutet der anhaltende Ebola-Ausbruch in der Provinz Ituri zusätzliches Leid für die Gemeinden, denen geraten wird, sich nicht zu bewegen, Abstand zu halten und sich ständig die Hände zu waschen – Vorsichtsmaßnahmen, die für Menschen, die um ihr Leben fliehen, nahezu unmöglich sind.

Familien, die vor Schüssen fliehen, können sich nicht isolieren, vertriebene Dorfbewohner können Menschenansammlungen nicht meiden, und diejenigen, die sich im Wald verstecken, haben keinen Zugang zu sauberem Wasser oder frühzeitiger medizinischer Versorgung, was Bedingungen schafft, die sowohl Unsicherheit als auch Krankheiten begünstigen.

Da die Gewalt die Gesundheitsversorgung lahmlegt und gefährdete Menschen über abgelegene Gebiete verstreut, warnen lokale Führungskräfte, dass sich die ADF ohne stärkere und nachhaltige militärische Maßnahmen noch tiefer in die Waldgebiete von Babila Babombi zurückziehen könnte, was die Krise noch schwerer einzudämmen macht und die Zivilbevölkerung zwischen bewaffneten Angriffen und einer tödlichen Epidemie gefangen lässt.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

# Demokratische Republik Kongo: ADF greift das Dorf Mungwere an

ICC-Nachrichten & Berichte - Jahrelang galten die Provinzen Nord-Kivu und Ituri in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) als Hauptopfer der Gräueltaten der ADF. Heute leiden die meisten Gebiete der DRK unter den schrecklichen Angriffen der islamistischen Extremisten.

Am 30. April erlebten die Bewohner des Dorfes Mungwere in der Provinz Haut-Uele der DRK einen nächtlichen Angriff der ADF, bei dem 10 Christen getötet wurden.

„Wir befürchten, dass diese Terroristen nun in ein größeres Gebiet vordringen“, sagte ein Anwohner. „Man wusste, dass sie sich in den Gebieten Beni und Lubero sowie in der Provinz Ituri aufhielten, aber heute haben sie die Provinz Haut-Uele erreicht und unsere Familienangehörigen getötet sowie andere entführt.“

Nach Angaben des Dorfvorstehers von Mungwele begann der Angriff, während die Gemeinde schlief. Er erklärte, dass die Angreifer mitten in der Nacht begannen, Menschen zu töten und andere zu fangen. Er fügte hinzu, dass die Angreifer mehrere Bewohner aus ihren Häusern trieben, wo sich die Gewalttaten abspielten. Die Angst breitete sich schnell aus, und viele Dorfbewohner flohen in Gebiete, die sie für sicherer hielten.

„Man hörte einige Menschen weinen, und wir verstanden nicht, was vor sich ging“, erklärte er. „Plötzlich rannten alle in verschiedene Richtungen, während die Rebellen ihre Operation starteten. Sie töteten Menschen und verschleppten andere in den Busch.“

Der Vorfall wurde später von Hauptmann Kisher Mba July, dem Sprecher des Einsatzsektors im Gebiet Watsa, bestätigt. Er bestätigte den Angriff durch ADF-Kämpfer, versicherte der Bevölkerung jedoch, dass die Sicherheitskräfte die Kontrolle wiedererlangt hätten. Er forderte die Einwohner auf, nicht in Panik zu geraten, da die nationalen Streitkräfte bereits im Einsatz seien.

Führende Vertreter der Zivilgesellschaft äußerten tiefe Besorgnis über die allgemeine Sicherheitslage. Jean-Pierre Atsidri, Präsident der zivilgesellschaftlichen Organisation in Watsa, stellte fest, dass die Unsicherheit im gesamten Osten der DR Kongo zugenommen habe. Er warnte, dass die Bedrohung weiterhin ernst sei, und forderte die Bewohner auf, wachsam zu bleiben.

„Die Unsicherheit hat im Osten der DR Kongo zugenommen“, sagte er. „Heute hat sie die Provinz Haut-Uele erreicht. Die Gemeinden müssen wachsam sein und jeden anzeigen, der mit den ADF-Terroristen kollaboriert.“

Auch die Provinzbehörden reagierten. Jean Bokomito, Gouverneur der Provinz Haut-Uele, ermutigte die Geflüchteten, in ihre Häuser zurückzukehren, und betonte, dass sich die Lage stabilisiert habe. Er versicherte den vertriebenen Familien, dass die Sicherheitskräfte daran arbeiteten, die Bevölkerung zu schützen und das normale Leben in den betroffenen Gebieten wiederherzustellen.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

# Deutschland: Christen dürfen nicht schweigen

## Räsänen in Lemgo: Die finnische Politikerin sprach auf der Pfingstkonferenz des BeF

Lemgo (IDEA) – Die finnische Parlamentsabgeordnete Päivi Räsänen hat Christen dazu aufgerufen, sich in der Öffentlichkeit auch zu unbequemen biblischen Lehren zu bekennen. Sie äußerte sich am Pfingstmontag (25. Mai) vor 3.600 Besuchern auf der Pfingstkonferenz des Bundes evangelischer Freikirchen (BeF) in Lemgo. Zum Hintergrund: Der Oberste Gerichtshof Finnlands hatte Räsänen und den lutherischen Bischof Juhana Pohjola am 26. März wegen „Hassrede“ zu Geldstrafen [verurteilt](#). Grund war eine 2004 erschienene Kirchenbroschüre, in der Räsänen praktizierte Homosexualität aus biblischer Sicht als Sünde bezeichnete. Das Gericht stützte sein Urteil auf einzelne Sätze in der Broschüre, in denen Homosexuelle als „Störung“ bezeichnet wurde. Diese Aussage stellte nach Ansicht der Richter eine Beleidigung für Homosexuelle dar. Der religiöse Kontext in der Broschüre habe die beleidigende Wirkung verstärkt. In ihrem Vortrag in Lemgo betonte Räsänen: „Je mehr Christen über die biblischen Lehren, auch zu den schmerzhaften Themen unserer Zeit, schweigen, desto größer wird die Ablehnung.“ Die frühen Christen hätten ihren Glauben auch im Angesicht des Todes nicht aufgegeben. „Warum sollten wir es wegen der Herausforderungen unserer Zeit tun?“ Sie selbst habe 2019 die Unterstützung der lutherischen Kirche Finnlands zu einer LGBTQ-Parade kritisiert. Die Kirche habe damit ihrem eigenen Bekenntnis widersprochen. Darin liege die Gefahr, das Vertrauen der Menschen in Gottes Wort zu untergraben. „Bald geht es dann nicht mehr nur um Ehe und Geschlecht, sondern um Erlösung und das ewige Leben“, so Räsänen. Jeder Mensch, auch die Mitglieder der LGBTQ-Bewegung, habe das Recht, die ganze Wahrheit über Gottes Wort zu hören.

## Tausende ermutigende Nachrichten

Weiter sagte Räsänen, sie selbst habe die Erfahrung gemacht, dass es nicht vergeblich sei, das Wort Gottes in der Öffentlichkeit zu verteidigen. „Es ist erstaunlich, wie Gott Böses in Gutes verwandeln kann.“ Sie habe während des langen Gerichtsprozesses Tausende ermutigende Nachrichten von Christen aus aller Welt erhalten, die sich durch ihre Standhaftigkeit gestärkt fühlten. „Ich habe hundertmal mehr Freude und Güte erlebt als Angst und Depression.“

## Aufruf zur Mission

Auch der Bremer Pastor Olaf Latzel äußerte sich bei der Veranstaltung. In seiner Predigt über die alttestamentliche Geschichte von David und Goliath (1. Samuel 17) sagte er, die Christen in Deutschland stünden vor einer gewaltigen missionarischen Herausforderung. Er rief Gemeinden auf, leerstehende Kirchen zu kaufen und sie als Keimzellen für den Aufbau neuer Gemeinden zu nutzen. Weiter hob der Geistliche hervor, Christen müssten sich vor den Herausforderungen der heutigen Zeit nicht fürchten. „Gott ist nicht an die Zeit gebunden, sondern ewig.“ Er empfahl, sich bei Rückschlägen an frühere Situationen zu erinnern, in denen Gott sie gesegnet und ihnen aus Schwierigkeiten herausgeholfen habe.

# Deutschland: Erneut Farbanschlag auf KALEB-Haus in Chemnitz

## Linksextreme bekannten sich zum dritten Angriff

Chemnitz (IDEA) – Unbekannte haben erneut einen Farbanschlag auf das „Haus für das Leben“ des Lebensrechtsvereins KALEB in Chemnitz verübt. Es ist bereits der dritte Angriff dieser Art innerhalb der vergangenen vier Jahre auf das Gebäude, in dem das Familienzentrum von KALEB Region Chemnitz sowie die KALEB-Bundesgeschäftsstelle untergebracht sind. Die beiden vorherigen Anschläge ereigneten sich jeweils während der Weihnachtsfeiertage in den Jahren [2023](#) und [2025](#). Die jüngste Attacke wurde am 22. Mai bekannt. Das berichteten der Geschäftsführer des Regionalvereins, Ernst von Heyking, und der Leiter der KALEB-Bundesgeschäftsstelle, Falk Weißbach, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Nach Angaben von Heykings wurde die komplette Außenfassade des Hauses zur Straßenseite hin mit Farbe besprüht. Die Täter hätten dieses Mal jedoch keine Worte oder Schriftzüge hinterlassen. Eine Spezialfirma müsse den Schaden beseitigen. Die Kosten lägen geschätzt zwischen 3.000 und 4.000 Euro.

## Linksextremes Bekenner schreiben veröffentlicht

Bereits am 22. Mai wurde unter der Überschrift „Alle guten Dinge sind 3“ (Fehler im Original) ein Bekenner schreiben auf der linksextremen Plattform Indymedia veröffentlicht. Darin wird zudem eine Verbindung zum bevorstehenden „Schweigemarsch für das Leben“ am 30. Mai in Annaberg-Buchholz hergestellt. Die Verfasser rechtfertigen die Tat mit Vorwürfen gegen die Beratungstätigkeit von KALEB und rufen dazu auf, den Schweigemarsch zu stören. Der Verein solle weder staatlich gefördert werden noch „anderweitig Einfluss auf unsere Gesellschaft nehmen“ können.

## KALEB: Vielfältig diakonisch tätig

Demgegenüber betonten die beiden Geschäftsführer, dass die Beratungstätigkeit von KALEB fast ausschließlich (zu 97 Prozent) die Beratung und Begleitung von Frauen während der Schwangerschaft, Umzugskosten und Hilfe zur Wohnungsausstattung, Miet- und Energieschulden, Hilfen bei Antragstellungen, Überbrückungshilfen, Elterngeld und Elternzeit, die Anschaffung von Haushaltsgeräten oder Erziehungsfragen betreffe. Zur Umsetzung dieser Aufgaben habe KALEB in der Region Chemnitz im vergangenen Jahr rund 125.000 Euro an Hilfen, die über Stiftungen eingeworben wurden, an Betroffene weitergegeben und damit deren Lebenssituationen verbessern können. Würde der Verein, wie von den Tätern im Bekenner schreiben gefordert, seine Arbeit einstellen, würde das genau die Menschen treffen, die dringend diese Hilfe brauchten und wollten.

## Wachsende Unterstützung

Von Heyking hob jedoch zugleich hervor, dass die Arbeit von KALEB zunehmend gewürdigt und unterstützt werde. Wegen dieser „unerfreulichen Vorkommnisse“ erfahre der Verein eine zunehmende Solidarisierung und Zuwendung durch Spenden, Bekundungen und Gebete. Auch nahezu alle Fraktionen im Stadtrat verurteilten die Farbanschläge als Straftaten. Die Wertegrundlage von KALEB bildeten das Grundgesetz, das auch das ungeborene Leben schütze, sowie die Zehn Gebote (5. Gebot: „Du sollst nicht töten“). Bei der überkonfessionell und überparteilich tätigen Organisation stünden überall die Türen für jene offen, die ihre Sorgen mitteilen wollten oder Annahme und Unterstützung brauchten, so Weißbach. Das gelte unabhängig von deren Glauben, sozialem Stand oder politischen Ansichten. Im Haus arbeiten den beiden Geschäftsführern zufolge fünf Hauptamtliche des Familienzentrums sowie drei Personen in der Bundesgeschäftsstelle. Bundesweit hat KALEB etwa 40 Mitarbeiter, von denen der Großteil ehrenamtlich tätig ist. Die Initiative KALEB entstand nach eigenen Angaben 1988 zunächst als Lebensrechtsinitiative in der damaligen DDR. Nach der deutschen Wiedervereinigung wurde daraus ein eingetragener Verein. Heute verfügt KALEB über rund 30 regionale Anlaufstellen. Diese reichen von engagierten Einzelpersonen bis hin zu eigenständigen Regionalvereinen mit einem breiten Angebot für Schwangere und Familien sowie weiteren sozialen Arbeitsfeldern.

# Großbritannien: Zensurzonengesetz - Schottische Christin freigesprochen

## Rose Docherty hatte vor Abtreibungsklinik Gespräche angeboten

Glasgow/Wien (IDEA) – Im Streit um die Meinungsfreiheit vor Abtreibungskliniken in Großbritannien ist die schottische Christin Rose Docherty freigesprochen worden. Das teilte die Menschenrechtsorganisation ADF International (Wien) mit, die Docherty rechtlich unterstützt. Zum Hintergrund: Die 75-Jährige war im [September 2025](#) festgenommen worden, weil sie in der Nähe einer Klinik in Glasgow Passanten Gespräche angeboten hatte. In Schottland gelten seit September 2024 sogenannte „Schutzzone“ von 200 Metern um jede Abtreibungseinrichtung oder -klinik, die Belästigung, Einschüchterung und das „Beeinflussen“ von Personen verhindern sollen, die eine Abtreibung durchführen lassen möchten. Docherty war die erste Person, die auf dieser Grundlage verhaftet worden war. Am 27. April sprach der Glasgower Sheriff Court Docherty frei. Der zuständige Sheriff Stuart Reid wies zwei Anklagepunkte der „Beeinflussung“ zurück: Die Anklage habe Dochertys Recht auf freie Meinungsäußerung verletzt. Zudem sei nicht dargelegt worden, welche konkrete Person in der „Schutzzone“ durch ihr Verhalten in strafbarer Weise beeinflusst worden sein soll. Da die Staatsanwaltschaft die einwöchige Berufungsfrist bis zum 5. Mai ungenutzt verstreichen ließ, ist das Urteil rechtskräftig. Laut ADF International handelt es sich um den ersten Freispruch unter dem 2024 in Schottland eingeführten Gesetz über sogenannte Schutzzone rund um Einrichtungen, in denen Abtreibungen vorgenommen werden.

## Festnahme wegen Schild mit Gesprächsangebot

Docherty stand am Tag ihrer Festnahme in der Nähe der Königin-Elisabeth-Universitätskrankenhauses in Glasgow. Sie hatte ein Schild mit der Aufschrift „Coercion is a crime, here to talk, only if you want“ („Nötigung ist ein Verbrechen, ich bin hier, um mit ihnen zu sprechen, wenn Sie wollen“) um den Hals getragen. Wie auf einem Video zu sehen ist, forderten vier Polizisten sie auf, sich zu entfernen. Als sie sich weigerte, wurde sie abgeführt und in eine Zelle gesperrt. Nach Angaben von ADF International sprach sie niemanden an, äußerte sich nicht zum Thema Abtreibung und beteiligte sich nicht an einem Protest. Nach ihrer Festnahme sei sie mehrere Stunden in Gewahrsam gehalten worden. Trotz eines Hinweises auf eine doppelte Hüftprothese habe sie in der Zelle keinen Stuhl erhalten. Es war bereits die zweite Festnahme Dochertys in einer „Schutzzone“. Eine erste Anzeige vom Februar 2025 hatte die Staatsanwaltschaft im August fallen gelassen.

## Docherty erwägt rechtliche Schritte gegen Polizei

Docherty begrüßte die Entscheidung. Diese bestätige, „dass das Angebot eines einvernehmlichen Gesprächs auf keiner öffentlichen Straße in Schottland eine Straftat ist – unabhängig davon, ob sich diese Straße in einer ‚Schutzzone‘ befindet oder nicht“. Friedliche Meinungsäußerung, die durch nationales und internationales Recht geschützt sei, könne niemals eine Straftat sein. Docherty fordert, die „Schutzzone“-Gesetze in Schottland und im gesamten Vereinigten Königreich abzuschaffen. Gemeinsam mit ihrem Rechtsbeistand prüfe sie nun alle Optionen, einschließlich rechtlicher Schritte gegen die Polizei, um eine Wiederholung ihrer Festnahme zu verhindern. Der Rechtsberater von ADF International, Jeremiah Igunnubole, bezeichnete den Ausgang als „Sieg für die Meinungsfreiheit in Schottland und im gesamten Vereinigten Königreich“. Unabhängig davon, ob man Dochertys lebensschützende und christliche Überzeugungen teile, müsse Einigkeit darüber bestehen, „dass das Angebot, mit Menschen in einem öffentlichen Raum zu sprechen, kein Verbrechen ist und niemals als solches behandelt werden darf“.

# Indien: Manipur von sozialen Spannungen geprägt

## Geiselkrise dauert an

Imphal (Fides) – Manipur kommt nicht zur Ruhe. Wie lokale Quellen berichten, eskaliert die Instabilität im Bundesstaat weiter. Bei Protesten wird die Freilassung von 14 Kuki- und 6 Naga-Geiseln gefordert, die von bewaffneten Gruppen entführt wurden. Die Situation ist von sozialen Spannungen geprägt. In mehreren Gebieten finden Straßenblockaden statt, und der Verkehr auf den Autobahnen in den Bergregionen ist unterbrochen.

Die Geiselkrise zwischen den Naga- und Kuki-Zo-Gemeinschaften dauert nun schon zwei Wochen an und ist trotz Verhandlungen, Vermittlungsversuchen von Religionsführern und Sicherheitskräften noch immer nicht beigelegt.

Die Krise begann nach einem Hinterhalt auf einen Konvoi von Baptistenpastoren, bei dem drei Pastoren – Vumthang Sitlhou, Reverend Kaigoulun Lhouvum und Pastor Paogoulou Sitlhou – getötet wurden. Die darauf folgenden Entführungen als Vergeltungsmaßnahme zeigen, wie schnell die Situation von allgemeiner Instabilität geprägt ist.

Trotz der Angriffe haben sich christliche Religionsvertreter direkt als Vermittler in die Krise eingeschaltet, in die zivile Geiseln beider Gemeinschaften sowie Stammesorganisationen, zivilgesellschaftliche Gruppen, lokale Behörden und Sicherheitskräfte verwickelt sind, um die Freilassung der Entführten zu erreichen.

Die Ermittlungen im Zusammenhang mit Mord an den drei Pastoren dauern an. Die Angreifer sind bisher nicht identifiziert, und die Gründe für das Massaker, das Menschen traf, die sich aktiv für Frieden und Versöhnung einsetzten, sind unklar. Fünf Verletzte des Hinterhalts befinden sich weiterhin im Krankenhaus von Imphal.

Der Angriff gibt Anlass zu ernster Besorgnis um die Sicherheit der Religionsvertreter in einem offenen Konfliktgebiet.

„Christliche Gemeinden, die sich dem Frieden verschrieben haben, sind zunehmend gefährdet“, sagte ein örtlicher Priester gegenüber Fides. „Gerade jetzt“, betonte er, „müssen wir die Religionsvertreter schützen, die sich im interethnischen Konflikt zwischen den ethnischen Gruppen der Kuki, Meitei und Naga für Versöhnung einsetzen.“

Manipur ist seit 2023 von einem Konflikt betroffen, der zunächst zwischen den Kuki und Meitei ausgetragen wurde und sich später auf die Naga ausweitete.

(PA) (Fides 26/5/2026)

# Iran: Konvertitin verurteilt zu fast 10 Jahren Haft

Bitte beten Sie für Ghazal Marzban, eine vom Islam zum Christentum konvertierte Frau, die wegen „Propaganda gegen den Staat“ und „Verschwörung gegen die nationale Sicherheit“ zu einer Freiheitsstrafe von neun Jahren und acht Monaten verurteilt wurde.

IIRF-D/MEC/Tübingen/28.05.26 - Ghazal wurde im vergangenen Januar in ihrer Wohnung in Teheran festgenommen und von Richter Iman Afshari vom 26. Revolutionsgericht verurteilt.

Laut der iranischen Menschenrechtsorganisation „Article 18“ wurde Ghazal – einer Absolventin der Islamischen Rechtswissenschaften – nach ihrem Konvertieren die Teilnahme an ihrer Anwaltsprüfung verwehrt, und ihr Ehemann konnte keine Medikamente zur Behandlung seiner Parkinson-Erkrankung erhalten.

Ghazal hatte zuvor im Jahr 2024 bereits zwei Monate im Evin-Gefängnis verbracht, nachdem sie wegen des Skandierens regimekritischer Parolen der Propaganda beschuldigt worden war.

Bitte beten Sie, dass

- Gott Ghazal und ihren Ehemann in dieser schwierigen Zeit stärkt und ermutigt,
- das harte Urteil überprüft und aufgehoben wird,
- Ghazals Ehemann Zugang zu Medikamenten erhält und die Zeit überstehen kann, während Ghazal inhaftiert ist,
- das iranische Regime die Kriminalisierung von Christen und Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften unter Verletzung des Völkerrechts einstellt.

Quelle: MiddleEast Concern <https://www.meconcern.org/2026/05/27/iran-catholic-convert-sentenced-to-over-nine-years-imprisonment/>

# Myanmar: „Radio Veritas Asia“ erweitert Sprachangebot in von Vertreibung und Unsicherheit geprägten Staaten

Yangon (Fides) – „Radio Veritas Asia“ (RVA), der Radiosender der katholischen Gemeinden auf dem asiatischen Kontinent, erweitert sein Sprachangebot in Myanmar und startet Sendungen in Akha und Kayan. Damit will der Sender das Evangelium in den Staaten Shan und Karenni (beide im Osten Myanmars) verbreiten und so die ethnischen Minderheiten erreichen. Dies wurde am Pfingstsonntag, dem 24. Mai, in der Marien-Kathedrale in Yangon bekannt gegeben. Kardinal Charles Bo, Vorsitzender der Katholischen Bischofskonferenz von Myanmar, nannte es einen „gesegneten Tag für die Kirche in Myanmar“. Die neuen Programme sollen zwei ethnische Gemeinschaften in Myanmar erreichen: Das Akha-Programm richtet sich an rund 700.000 Angehörige der Volksgruppe der Akha, insbesondere im Staat Shan, sowie an viele Gläubige in der Diözese Kengtung. Das Programm in Kayan erreicht etwa 250.000 Menschen der Volksgruppe der Kayan im Staat Karenni, die hauptsächlich in den Diözesen Pekhön, Loikaw, Taungngu und Taunggyi leben. Die Initiative sei von vielen begrüßt worden, wie der Leiter Dienstes in Akha-Sprache, Bischof John Saw Yaw Han von Kengtung, und der Leiter des Dienstes in Kayan, Bischofskoadjutor Felice Ba Htoo von Pekhön, bekräftigten.

Die Sendungen von „Radio Veritas Asia“ (RVA) umfassen religiöse Inhalte, tägliche Andachten, Sonntagspredigten, Kirchennachrichten, Porträts von Heiligen, Programme für Jugendliche und Familien sowie Botschaften des Papstes. „Der Dienst von RVA ist auch eine Gelegenheit, um in ständiger Verbindung und Gemeinschaft mit dem Papst und der Weltkirche zu bleiben“, so die Bischöfe, „und stellt eine wichtige geistliche Begleitung durch das Wort Gottes für Bedürftige, Erschöpfte und Vertriebene dar.“ Bischof Celso Ba Shwe von Loikaw, bemerkte: „RVA bringt die Botschaft des Evangeliums bis an die Ränder der Gesellschaft; die Frohe Botschaft erreicht so Familien, Jugendliche, ältere Menschen und die gesamte Gesellschaft und berührt die Herzen der Menschen.“

Der nationale Koordinator von Radio Veritas in Myanmar, Pfarrer Patrick Soe Htun, beschrieb „Radio Veritas“ als „eine Brücke, die Menschen über Grenzen und Schwierigkeiten hinweg verbindet, insbesondere in den schwierigen Zeiten, die Myanmar durchmacht.“ Prälat Andrea Ferrante, Geschäftsträger des Heiligen Stuhls in Myanmar, begrüßte die Ausweitung des Dienstes und forderte dazu auf, inmitten von Leid und Unsicherheit zu „Stimmen der Hoffnung“ zu werden. Die beiden neuen Dienste strahlen ihre Sendungen insbesondere in vom Bürgerkrieg betroffenen Gebieten aus: Die soziale Lage im Staat Shan ist weiterhin extrem instabil und geprägt von Zusammenstößen zwischen der Armee und lokalen Gruppen. Die Verschärfung der Wirtschaftsblockaden führt zu einer kritischen Ernährungsunsicherheit für die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen und zu akuter Mangelernährung unter Binnenvertriebenen.

Die Situation im Staat Karenni, dem kleinsten Bundesstaat Myanmars, zählt zu den dramatischsten des gesamten burmesischen Bürgerkriegs. Dort finden heftige Kämpfe statt. Schätzungsweise mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Staates wurde zur Flucht gezwungen, und Zehntausende Binnenflüchtlinge haben im Dschungel oder entlang der thailändischen Grenze Zuflucht gefunden. Der Krieg hat den Staat in eine permanente humanitäre Notlage geführt, in der die Zivilbevölkerung zwischen Kämpfen und gravierenden Problemen ihrer täglichen Existenzsicherung gefangen ist.

Das aktuelle Sprachdienstleistungsangebot von RVA in Myanmar umfasst nun folgende Sprachen: Burmesisch, Sgaw Karen, Pwo Karen, Kachin Jinghpaw, Kachin Lisu, Kachin Rawang, Hakha Chin, Falam Chin, Tedim Chin, K'Cho, Akha und Kayan. Mit diesen beiden neuen Sprachdiensten deckt RVA in Myanmar nun 12 lokale Sprachen ab, wodurch sich die Gesamtzahl der von RVA angebotenen Sprachen auf 23 erhöht.

(PA) (Fides 26/5/2026)

# Nigeria: Christliche Fulani lehnen Gewalt und Vorurteile ab

ICC-Nachrichten & Berichte - Christliche Führer und Konvertiten der Fulani im Middle Belt Nigerias fordern eine stärkere Anerkennung friedlicher Fulani-Gemeinschaften und erklären, dass diese zunehmend zwischen Angriffen bewaffneter Milizen und wachsendem Misstrauen der Öffentlichkeit aufgrund ihrer ethnischen Identität gefangen sind. „Wir möchten, dass die Menschen verstehen, dass nicht jeder Fulani ein Terrorist ist“, sagte Buba Aliyu in einem Interview mit TruthNigeria. „Es gibt Fulani-Lehrer, Fulani-Soldaten, Fulani-Polizisten und Fulani-Christen, die friedlich leben.“

Aliyu, der Fulbe Outreach International leitet, sagte, sein Leben sei bedroht worden, weil er sich in öffentlichen Äußerungen von bewaffneten Gruppen und der Miyetti Allah Cattle Breeders Association of Nigeria distanziert habe. Miyetti Allah ist eine prominente nigerianische soziokulturelle und Interessenvertretungsgruppe, die in erster Linie die Interessen der Fulani-Nomaden und Viehzüchter vertritt. Die Gruppe wird mit Terrorismus und der Ermordung christlicher Bauern in Verbindung gebracht. Die US-Regierung hat die Organisation als terroristische Vereinigung eingestuft.

Die Fulani – auch bekannt als Fulbe oder Fula – sind eine der größten ethnischen Gruppen Afrikas und leben in West- und Zentralafrika. In Nigeria sind viele Fulani-Familien traditionell Viehzüchter, während andere im Bildungswesen, in der Regierung, Wirtschaft und Sicherheitssektor. Jahrelange Morde, Entführungen und Überfälle auf Dörfer in Teilen der Bundesstaaten Plateau, Benue und Kaduna haben die Spannungen zwischen Bauerngemeinden und bewaffneten Gruppen verschärft, die von Anwohnern und Behörden weitgehend als Fulani-Milizen identifiziert werden.

Von International Christian Concern (ICC) befragte christliche Fulani berichteten, dass diese Angriffe auch friedliche Fulani-Familien getroffen hätten, die Gewalt ablehnen. Aliyu sagte, Fulbe Outreach International habe mehr als 5.000 Mitglieder, die in Fulani-Gemeinden in ganz Nigeria und Teilen Westafrikas missionarisch tätig sind. Er trat kürzlich von seiner Führungsposition innerhalb der Fulbe Christian Association in Nigeria zurück, um sich auf die Missionsarbeit zu konzentrieren.

„Fulo‘ bedeutet ein Fulani, während ‚Fulbe‘ viele Menschen bedeutet“, erklärte er. „Wir beten dafür, dass sich Fulbe Outreach International in ganz Nigeria und Westafrika ausbreitet.“ Aliyu, der ursprünglich aus Hawul im Bundesstaat Borno stammt, sagte, er sei 1995 zum Christentum konvertiert und habe 1999 durch eine Initiative namens „Yad da Bishara“ begonnen, in Fulani-Gemeinschaften zu predigen. Er sagte, die Mission habe später mehr als 1.000 Bekehrte verzeichnet.

Als sich die Unsicherheit im Norden Nigerias und im Middle Belt ausbreitete, begannen laut Aliyu die Fulani-Christen, sich zu organisieren, um ihre Präsenz sichtbarer zu machen. „Wir haben ‚Fulbe‘ zur Christian Association of Nigeria hinzugefügt, weil wir wollten, dass die Menschen wissen, dass es auch Fulani-Christen gibt“, sagte er. Laut Aliyu verbindet das Missionswerk Evangelisation mit humanitärer Hilfe, darunter die Verteilung von Lebensmitteln, Kleidung, Radios und christlicher Literatur in Fulfulde, Hausa, Arabisch und Französisch. Die Gruppe leistet zudem tierärztliche und medizinische Unterstützung für Hirtengemeinschaften. Dennoch, so sagte er, arbeite das Missionswerk mit begrenzten Mitteln.

„Wir brauchen ein festes Büro, ein Fahrzeug, um abgelegene Gebiete zu erreichen, Computer, Projektoren, Kameras und mehr Mitarbeiter, die bereit sind, sich für diese Mission aufzuopfern“, sagte Aliyu. Er schätzte, dass es in Nigeria etwa 10 Millionen christliche Fulani gibt, bei einer Gesamtbevölkerung der Fulani, die er auf mehr als 17 Millionen bezifferte. „Diejenigen, die Terrorismus begehen, machen nicht einmal ein Viertel von uns aus“, sagte er. „Es gibt viele Fulani, die Frieden suchen.“

Isa sagte, Fulani-Christen in ländlichen Gemeinden fühlten sich oft von humanitären Organisationen und religiösen Gruppen, die auf die Gewalt im Norden Nigerias reagieren, übersehen. „Wir werden stärker verfolgt, aber gemeinnützige Organisationen ignorieren uns“, sagte er. „Religiöse NGOs kommen uns nicht zu Hilfe, weil wir eine christliche Minderheit sind.“

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

# Nigeria: Der Terror geht weiter

Bewaffnete Männer haben am Samstagabend, 23. Mai bei einem Angriff auf eine Gebets-Nacht in einer Kirche im westnigerianischen Bundesstaat Kwara drei Christen getötet und 15 weitere entführt, wie aus informierten Kreisen verlautete.

Der Angriff ereignete sich um 20:30 Uhr in Ori-Oke Ajaiye am Rande des Dorfes Ekerin im Bezirk Ekiti, sagte Adetoun Ejire-Adeyemi, Sprecher des Polizeikommandos des Bundesstaates Kwara.

„Das Polizeikommando des Bundesstaates Kwara verurteilt aufs Schärfste den grausamen Angriff, die Tötung und die Entführung unschuldiger Gläubiger durch bewaffnete Kriminelle“, sagte Ejire-Adeyemi. „Der Vorfall wurde am 24. Mai von Pastor Adebayo Abiodun aus Ijo Ajaye Ati Igbala im Dorf Ekerin gemeldet, der angab, dass während einer Nachtandacht zusammen mit Mitgliedern seiner Gemeinde in Ori-Oke Ijaye über das Dorf Ekerin bewaffnete Kriminelle in den Gebetsplatz eindrangten, sporadisch schossen, drei Personen töteten und 15 weitere an einen unbekanntem Ort entführten.“

Der Polizeikommissar des Kwara State Command, Ojo Adekimi, habe eine umfassende taktische und nachrichtendienstlich gestützte Operation unter Einbeziehung eines Polizeidrohnen-Teams, PMF-Personals, Nachrichtendiensteinheiten und weiterer operativer Ressourcen für eine koordinierte Rettungsmission angeordnet, sagte er.

„Der Polizeikommissar bezeichnet den Angriff als barbarisch, gefühllos und inakzeptabel und versichert den Familien der Verstorbenen, der Verletzten und der entführten Opfer, dass das Kommando sich voll und ganz dafür einsetzt, die Rettung aller Opfer und die Festnahme der Täter hinter dieser abscheulichen Tat sicherzustellen“, sagte Ejire-Adeyemi.

Der Gemeinderat von Ekiti forderte alle Kirchenführer auf, alle nächtlichen Gottesdienste bis auf Weiteres auszusetzen.

Awelewa Olawale Gabriel, Vorsitzender des Gemeinderats von Ekiti, sagte, der Rat habe zuvor eine Anweisung an die Kirchen in der Region erlassen, alle Nachtgebete und Gottesdienste aufgrund terroristischer Aktivitäten im Bundesstaat Kwara auszusetzen.

„Glaube darf nicht auf Kosten des Lebens ausgeübt werden“, sagte Gabriel. „Wir haben Kirchen und Moscheen in abgelegenen Gebieten immer wieder geraten, keine Nachtwachen mehr abzuhalten. Gottesdienst soll erbauen und schützen, nicht Menschen vermeidbaren Gefahren aussetzen.“

Das Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte (CDHR) verurteilte den Angriff. „Nach verifizierten Berichten drangen bewaffnete Angreifer während einer religiösen Versammlung auf das Gebetsgelände vor, eröffneten sporadisch das Feuer, töteten drei Gläubige und entführten 15 weitere an einen unbekanntem Ort“, erklärten der nationale Präsident des CDHR, Yinka Folarin, und Idris Afees Olayinka, der Generalsekretär der Gruppe, in einer Presseerklärung. „Der Angriff soll die umliegenden Gemeinden in Panik versetzt haben, als die Bewohner inmitten heftigen Gewehrfeuers und großer Verwirrung in Sicherheit flohen.“

Anhaltende Angriffe auf unschuldige Bürger, die Zerstörung von Lebensgrundlagen, die Vertreibung von Gemeinschaften und eine zunehmende Atmosphäre der Angst seien in keiner demokratischen Gesellschaft akzeptabel, sagten sie.

„Leider scheinen die Bemühungen der Landesregierung nicht auszureichen, um die Bürger vor der anhaltenden Welle von Terroranschlägen, Entführungen und Gewaltverbrechen zu schützen, die sich über mehrere Gemeinden ausbreiten“, sagten sie. „Das Schweigen, die schwache Reaktion und der offensichtliche Mangel an Dringlichkeit seitens der Regierung auf allen Ebenen haben kriminelle Elemente weiter ermutigt und die Bewohner der Angst, Unsicherheit und Gesetzlosigkeit ausgeliefert.“

Das CDHR ist zutiefst besorgt, dass der Bundesstaat Kwara sich rasch zu einem gefährlichen Brennpunkt für Terrorismus und gewalttätigen Extremismus entwickelt, insbesondere in Kwara South, wo ländliche Gemeinden nun unter ständiger Bedrohung durch Angriffe, Entführungen, Morde und gewaltsame Vertreibung leben, sagten sie.

„Landwirte können ihre Felder nicht mehr sicher erreichen, wirtschaftliche Aktivitäten werden gestört, und die Bewegungsfreiheit ist durch Angst und Unsicherheit stark eingeschränkt“, sagten die Verantwortlichen. „Dieser jüngste Angriff spiegelt auch ein beunruhigendes Muster wiederkehrender Übergriffe auf Gotteshäuser und ländliche Siedlungen im gesamten Bundesstaat wider.“

Im November griffen bewaffnete Banditen die Christ Apostolic Church in Oke Isegun, Eruku, im Bezirk Ekiti an, töteten Gläubige und entführten Gemeindemitglieder, sagten sie. Ähnlich ereignete sich im März ein weiterer Angriff auf eine Gemeinde der Evangelical Church Winning All (ECWA) in Omugo, Bezirk Ifelodun, wo Gläubige während eines Gottesdienstes entführt wurden.

„Diese wiederkehrenden Vorfälle zeigen deutlich die wachsende Dreistigkeit krimineller Gruppen, die im Bundesstaat Kwara operieren“, sagten die CDHR-Führer. „Wir fordern daher den Gouverneur des Bundesstaates Kwara, die nigerianische Bundesregierung, die Sicherheitsbehörden und alle zuständigen Stellen auf, dringend entschlossene, koordinierte und nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen, um Frieden, Sicherheit und das Vertrauen der Öffentlichkeit in den betroffenen Gemeinden, der Region Kwara South und dem gesamten Bundesstaat Kwara wiederherzustellen.“

Das CDHR warnte, dass das anhaltende Versagen sowohl der Landes- als auch der Bundesregierung, den zunehmenden Aktivitäten von Terroristen und bewaffneten kriminellen Gruppen entschlossen entgegenzutreten, eine ernsthafte Bedrohung für den nationalen Frieden, die Ernährungssicherheit, die Religionsfreiheit und die demokratische Regierungsführung darstelle.

„Ländliche Gemeinden dürfen nicht der Gewalt und Gesetzlosigkeit überlassen werden“, sagten die Leiter der Gruppe.

Laut der Weltverfolgungsliste 2026 von Open Doors wurden in Nigeria vom 1. Oktober 2024 bis zum 30. September 2025 mehr Christen getötet als in jedem anderen Land. Von den 4.849 Christen, die in diesem Zeitraum weltweit wegen ihres Glaubens getötet wurden, waren 3.490 – 72 Prozent – Nigerianer, ein Anstieg gegenüber 3.100 im Vorjahr. Nigeria belegte Platz 7 auf der WWL-Liste der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

In der nordzentralen Zone des Landes, wo Christen häufiger anzutreffen sind als im Nordosten und Nordwesten, greifen islamistische Fulani-Milizen laut dem Bericht Bauerngemeinden an und töten dabei viele Hundert Menschen, vor allem Christen. Dschihadistische Gruppen wie Boko Haram und die Splittergruppe „Islamischer Staat in der Provinz Westafrika“ (ISWAP) sind unter anderem auch in den nördlichen Bundesstaaten des Landes aktiv, wo die Kontrolle der Bundesregierung kaum vorhanden ist und Christen und ihre Gemeinden weiterhin Ziel von Überfällen, sexueller Gewalt und Morden an Straßensperren sind, so der Bericht. Entführungen zur Erpressung von Lösegeld haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen.

Die Gewalt hat sich auf die südlichen Bundesstaaten ausgeweitet, und im Nordwesten ist eine neue dschihadistische Terrorgruppe namens Lakurawa entstanden, die mit modernem Waffenarsenal und einer radikal-islamistischen Agenda auftritt, wie die WWL feststellte. Lakurawa ist mit der expansionistischen Al-Qaida-Rebellengruppe Jama'a Nusrat ul-Islam wa al-Muslimin (JNIM) verbunden, die ihren Ursprung in Mali hat.

<https://morningstarnews.org/2026/05/three-christians-killed-at-prayer-vigil-in-western-nigeria/>

# Nigeria: Neun Menschen wurden getötet und fünfundzwanzig entführt

**In drei Monaten wurden bei Angriffen auf Pfarrgemeinden im Bundesstaat Kaduna neun Menschen getötet und fünfundzwanzig entführt**

Abuja (Fides) – In den vergangenen drei Monaten wurden bei mehreren Angriffen auf Pfarrgemeinden in Kurmin Dangana im Bundesstaat Kaduna im Norden Nigerias mindestens neun Menschen getötet und 25 weitere entführt. Dies teilte Pfarrer Christian Okewu Emmanuel, Kanzler des Erzbistums Kaduna, in einem Schreiben an das katholische Generalsekretariat in Abuja mit.

„Ich schreibe Ihnen, um Sie über die anhaltenden Terroranschläge auf einige Gemeinden und Pfarrstationen im Zuständigkeitsbereich der Pfarrei St. Peter und Paul im Distrikt Kurmin Dangana im Verwaltungsbezirk Kagarko des Bundesstaates Kaduna zu informieren“, heißt es in dem Schreiben. „Der letzte Angriff ereignete sich am Donnerstag, dem 21. Mai, auf die Pfarrstation Kurmin Bongo. Die Terroristen schlugen zwischen 22:00 und 1:00 Uhr während eines schweren Gewitters zu“. „Trotz der Bemühungen der Bürgerwehr“, fährt Pfarrer Emmanuel fort, „wurden fünf Menschen getötet und zehn weitere entführt, von denen zwei dank des Eingreifens der Wachpersonals befreit werden konnten.“

Der Kanzler des Erzbistums Kaduna berichtet von zwei vorangegangenen Angriffen auf die Bahnhöfe Kasaru-B am 2. März und Sabon Gari am 1. Mai. „Bei dem Angriff in Kasaru-B wurde eine Person erschossen, eine weitere erlitt mehrere Schussverletzungen, und acht weitere wurden entführt. Obwohl sie später wieder freikamen, wurden zwei von ihnen im Versteck der Terroristen getötet.“ „Der Angriff in Sabon Gari ereignete sich nur zwei Wochen nach der Freilassung der Opfer von Kasaru-B: Zwei Personen wurden angeschossen, zehn weitere entführt. Eine von ihnen wurde noch im Lager der Terroristen getötet.“ Die wiederholten Angriffe haben zur Vertreibung der Bewohner der betroffenen Gemeinden geführt. Das Erzbistum fordert deshalb die Regierung auf, ihre Bemühungen zum Schutz von Leben und Eigentum in den belagerten Gebieten zu verstärken.

Die gravierende Sicherheitslage betrifft mehrere Bundesstaaten Nigerias und verschiedene Bevölkerungsgruppen, nicht nur Christen. Selbst ein Verband von Fulani-Hirten, der mutmaßlich zu den Angreifern auf Siedlungen gehört, hat die ernste Unsicherheit im Bundesstaat Kogi verurteilt. Die „Miyetti Allah Cattle Breeders Association of Nigeria“ (MACBAN), eine informelle Interessenvertretung der Fulani-Hirten, hat die Tötung von acht ihrer Mitglieder im Verwaltungsbezirk Ankpa im Bundesstaat Kogi verurteilt.

Aufgrund zunehmender Sicherheitsbedrohungen hat ein Mitarbeiter von Präsident Bola Tinubu die Bewohner der Bundesstaaten Kwara und Kogi dringend gebeten, religiöse Feiern in Berg- und Waldgebieten vorübergehend auszusetzen. Unterdessen befinden sich die 37 Gläubigen, die am Ostersonntag, dem 5. April, in der Gemeinde Ariko im Verwaltungsbezirk Kachia entführt wurden, weiterhin in der Gewalt ihrer Entführer. Für ihre Freilassung fordern die Entführer eine Milliarde Naira (etwa 628.000 Euro) und 35 Motorräder und drohen, die Geiseln zu töten, sollten ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

(L.M.) (Fides 26/5/2026)

# Pakistan: Gewalt gegen Christen – Behörden untätig

Die Polizei in Pakistan hat es versäumt, den Anordnungen des Obersten Gerichtshofs nachzukommen, alle Verdächtigen festzunehmen, die an den Angriffen vom August 2023 auf mehrere Kirchen und christliche Häuser in Jaranwala in der Provinz Punjab beteiligt waren, sagte ein Kirchenführer.

Pfarrer Khalid Mukhtar, dessen Pfarrhaus zu den bei den Ausschreitungen zerstörten Gebäuden gehörte, sagte, die Behörden hätten kaum Fortschritte erzielt, obwohl der Oberste Gerichtshof am 31. März entschieden hatte, die Polizei anzuweisen, flüchtige Verdächtige festzunehmen, und das Anti-Terror-Gericht in Faisalabad anzuweisen, die Verfahren innerhalb von sechs Monaten abzuschließen.

„Der Oberste Gerichtshof wies die Polizei an, alle flüchtigen Verdächtigen unverzüglich festzunehmen, und ordnete an, dass das Anti-Terror-Gericht die Verfahren innerhalb von sechs Monaten abschließen soll“, sagte Mukhtar, der derzeit als Priester der St.-Joseph-Kirche in Faisalabad tätig ist. „Obwohl wir der Polizei Video- und Fotoaufnahmen zur Verfügung gestellt haben, die viele der Beteiligten identifizieren, gab es keine nennenswerten Fortschritte bei den Festnahmen. Wir haben uns seit dem Urteil mehrmals mit hochrangigen Polizeibeamten getroffen, aber ihre Zusicherungen haben sich nicht in konkrete Maßnahmen umgesetzt.“

Von den 336 Verdächtigen, gegen die die Polizei Anklageschriften eingereicht hat, befindet sich nur noch einer in Haft, während die anderen entweder gegen Kautionsfreilassung oder aus den von christlichen Klägern eingereichten Verfahren entlassen wurden, sagte Mukhtar.

„Polizei- und Geheimdienstberichte schätzten, dass mehr als 5.000 Menschen an den Angriffen beteiligt waren“, sagte er gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Obwohl anfangs fast 400 Verdächtige festgenommen wurden, wurden die meisten später gegen Kautionsfreilassung, freigesprochen oder aus den Verfahren entlassen, weil die Ermittlungen mangelhaft und die Beweise unzureichend waren.“

Er räumte ein, dass einige Beschwerdeführer Einschüchterungen und Druck seitens der Verdächtigen ausgesetzt waren.

„Wir erkennen an, dass einige wirtschaftlich schwache christliche Beschwerdeführer dem Druck nicht standhalten konnten und später Aussagen zugunsten der Angeklagten machten“, sagte Mukhtar. „Das erklärt jedoch nicht den mangelnden Fortschritt in den fünf Fällen, die direkt vom Staat eingereicht wurden.“

Mukhtar forderte die Wiederaufnahme von drei Erstanzeigen (FIRs), die die Polizei als „abgeschlossen“ eingestuft hatte.

„Der Staat verfügt sowohl über die Befugnisse als auch über die Ressourcen, um die in diesen FIRs genannten Personen wirksam strafrechtlich zu verfolgen“, sagte er. „Dennoch haben wir auch in diesen Fällen keine nennenswerten Fortschritte gesehen.“

Am Mittwoch (20. Mai) lehnte der Ständige Ausschuss für Menschenrechte des Senats einen Polizeibericht über die Ermittlungen und die Strafverfolgung der Anschläge von Jaranwala ab und bezeichnete ihn als unbefriedigend. Der Ausschuss unter dem Vorsitz von Senator Khalil Tahir Sindhu lud den Generalinspekteur der Polizei von Punjab ein, mit einem überarbeiteten Bericht vor den Abgeordneten zu erscheinen.

Laut einem Bericht, der von einem Sprecher der Regionalpolizei von Faisalabad vorgelegt wurde, wurden in den Fällen der Gewalt in Jaranwala ursprünglich mehr als 5.000 Personen beschuldigt, doch wurden nur 382 Verdächtige festgenommen. Die Polizei legte Anklageschriften gegen 336 Verdächtige vor.

Während der Ausschusssitzung warf Lala Robin Daniel, Schirmherr der Minority Rights Movement, den Behörden vor, keine Gerechtigkeit für die betroffenen Christen gewährleistet zu haben, und kritisierte die Entschädigungsbemühungen der Regierung.

Die Regierung von Punjab hat erklärt, dass 22 Kirchengebäude repariert wurden und 84 betroffene Familien jeweils eine Entschädigung in Höhe von 2 Millionen pakistanischen Rupien (7.170 US-Dollar) erhielten. Daniel sagte jedoch, dass mehrere Familien fast drei Jahre nach den Angriffen weiterhin ohne Entschädigung seien.

„Jedes Jahr am 14. August feiern die Christen in Jaranwala den pakistanischen Unabhängigkeitstag“, sagte Daniel vor dem Ausschuss. „Aber wenn der 16. August kommt, durchlebt unsere Gemeinschaft erneut Trauer und Trauma. Wir werden weiter nach Gerechtigkeit streben, bis die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.“

Die Gewalt in Jaranwala brach aus, nachdem zwei Christen beschuldigt worden waren, den Koran geschändet und den Propheten des Islam beleidigt zu haben – Anschuldigungen, die ein Gericht später als erfunden einstufte. Ein Gericht sprach beide Männer frei und entschied, dass sie nach einem persönlichen Streit zu Unrecht beschuldigt worden waren.

Menschenrechtsorganisationen sagen, dass die Rechenschaftspflicht für die Angriffe trotz wiederholter offizieller Zusicherungen begrenzt geblieben ist. Laut Amnesty International waren angeblich mehr als 5.200 Menschen an den Angriffen beteiligt, doch nur etwa 380 wurden festgenommen.

„Von den festgenommenen Verdächtigen wurden 228 gegen Kaution freigelassen, und die Anklagen gegen 77 weitere wurden fallen gelassen“, sagte Babu Ram Pant in einer Erklärung zum ersten Jahrestag der Gewalt. Er warnte, dass mangelhafte Ermittlungen und Strafverfolgungen zu einem „Klima der Straflosigkeit“ beigetragen hätten.

Blasphemievorwürfe haben in Pakistan häufig zu Mobgewalt geführt, die sich insbesondere gegen religiöse Minderheiten richtete. Obwohl Pakistans Blasphemiegesetze schwere Strafen bis hin zur Todesstrafe vorsehen, wurden Hinrichtungen wegen Blasphemie vom Staat noch nicht vollstreckt. Dennoch lösen allein schon Anschuldigungen oft Unruhen, Selbstjustiz und gezielte Angriffe aus.

Internationale Menschenrechtsorganisationen äußern weiterhin Besorgnis über die Behandlung religiöser Minderheiten in Pakistan. In seiner „World Watch List 2026“ stuft Open Doors Pakistan auf Platz acht der 50 Länder ein, in denen Christen der schwersten Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt sind.

<https://morningstarnews.org/2026/05/pakistan-fails-to-make-arrests-in-violence-against-christians/>

# Uganda: Wegen ihres Glaubens an Jesus inhaftiert

ICC-Nachrichten & Berichte - Zwei christliche Konvertiten im Westen Ugandas sind endlich frei, nachdem sie fast zwei Jahre im Gefängnis verbracht hatten, weil sie sich entschieden hatten, den Islam zu verlassen und zum Christentum überzutreten.

Sowed Kashejea und Gad Katusabe, beide aus Karusandara im Distrikt Kasese, bekannten sich Anfang 2024 öffentlich zu Jesus Christus, nachdem sie Gottesdienste in einer anglikanischen Kirche besucht hatten, wo sie von der Göttlichkeit Jesu Christi überzeugt wurden. Ihre Bekehrung löste jedoch Feindseligkeiten seitens der örtlichen Muslime aus.

Den beiden Männern zufolge begannen die Probleme kurz nachdem sie ihren neuen Glauben offen bekundet hatten.

„Als wir sahen, wie Muslime mit der Polizei auf die Kirche zukamen, wussten wir, dass Gefahr drohte“, sagte Sowed Kashejea. „Wir hätten nie gedacht, dass unsere Bekehrung dazu führen würde, doch die Muslime behaupten, einer friedlichen Religion anzugehören.“

Die beiden Konvertiten wurden Berichten zufolge auf dem Kirchengelände festgenommen und später beschuldigt, Moscheematten und einen Koran gestohlen zu haben. Christen in Karusandara betonen, dass es für die Anschuldigungen keine glaubwürdigen Beweise gab, und glauben, dass die Festnahmen darauf abzielten, die Männer für ihren Austritt aus dem Islam zu bestrafen.

Trotz des mutmaßlichen Mangels an Beweisen schickten die Behörden die Männer ins Gefängnis, wo sie fast zwei Jahre lang auf ihre Verhandlung warteten.

Der Ehrwürdige Alfred Mugisa, Erzdiakon der Erzdiakonie Kasese, sagte, muslimische Führer hätten wiederholt Druck auf die Konvertiten ausgeübt, dem Christentum abzuschwören, um ihre Freiheit zu erlangen, doch diese hätten sich geweigert.

„Sie haben Jesus Christus nicht verleugnet, um ihre Freiheit zu erlangen“, sagte Mugisa. „Stattdessen baten sie uns als Kirchenleiter, ihnen auch während ihrer Haftzeit weiterhin das Evangelium zu verkünden und ihre Frauen und Kinder mit dem Wort Gottes zu ermutigen. Je länger sie im Gefängnis blieben, desto stärker wurde ihr Glaube.“

Obwohl das Leben im Gefängnis schwer war, sagten beide Männer, dass diese Erfahrung ihren Glauben vertieft habe. Sie erklärten, dass mehrere christliche Geistliche sie während ihrer Haftzeit besucht, ihnen das Evangelium verkündet und sie geistlich ermutigt hätten.

Die Neubekehrten beschrieben ihre Haft als schmerzhaft, sagten aber, dass sie schließlich als Teil von Gottes Plan für ihr Leben betrachteten.

„Uns ins Gefängnis zu bringen war wie einen Frosch ins Wasser zu werfen“, sagten sie und erklärten, dass sie durch die Not gelernt hätten, durchzuhalten und stärker zu werden.

Im April 2026, nach anhaltenden Interventionen lokaler Kirchenführer und des Erzdiakons von Karusandara, deckte eine von der Kirche beantragte gerichtliche Anhörung Berichten zufolge Widersprüche in den ursprünglichen Anschuldigungen auf. Infolgedessen wurden die beiden Männer gegen Kautionsfreilassung.

Obwohl sie sich über die Zukunft im Unklaren sind, sagten beide Männer, ihr Glaube an Jesus sei unerschütterlich.

„Die Kirche darf nicht tatenlos zusehen, wenn es den Anschein hat, dass die Beweise entweder unzureichend oder gefälscht sind“, sagte Rev. Nason Baluku, Bischof der Diözese South Rwenzori. „Wir lehnen alle Versuche ab, eine echte Bekehrung zum Christentum unter Strafe zu stellen.“

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### **Menschenrechtsorganisationen:**

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### **Wichtige englischsprachige Internetseiten:**

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]